



**Angela Denecke,
DiCV Hildesheim,
ehemalige Vorsitzende
des Landesjugend-
hilfeausschusses in
Niedersachsen**

E-Mail: denecke@caritas-dicvhildesheim.de

Angela Denecke
9/1/07

Landesjugendamt

Im Schredder der Landespolitik

Das Landesjugendamt Niedersachsen wurde zum Jahresende aufgelöst: Der Fachbereich Kitas geht ans Kultus-, die anderen Bereiche ans Sozialministerium. Eine eigenständige Landesbehörde mit anwaltschaftlichem Auftrag für Kinder und Jugendliche gibt es jetzt nicht mehr. Der Niedersächsische Landtag hat die Föderalismusreform umgehend für diesen Schritt genutzt – nur formal begründet mit einer Verschlinkung der Landesverwaltung. Eine inhaltliche Auseinandersetzung unter Beteiligung der Träger boten Politik und Ministerien nicht. Zukünftig mutet die Landesregierung der Kinder- und Jugendhilfe zu, mit einem Hilfskonstrukt zu leben. Die Zerfaserung geht – um nur ein Beispiel zu nennen – noch weiter, indem die Finanzen des zum Kultusministerium gehörigen Bereichs Tageseinrichtungen für Kinder/Tagespflege in der nachgeordneten Landesschulbehörde abgewickelt werden, die inhaltliche Fachberatung aber im Ministerium erfolgt. Fachlich hängt beides jedoch eng zusammen.

Die Vermischung von Aufgaben der Steuerung, die einem Ministerium zustehen, und der fachlichen Entwicklung und Umsetzung, wie sie das Landesjugendamt gewährleistet hat, muss zu Komplikationen führen. Und diese werden wiederum die Einrichtungen vor Ort treffen. Der Bundesgesetzgeber hat im SGB VIII bewusst die durchführende von der Aufsichtsebene getrennt – schon deshalb ist der Erhalt des Landesjugendamtes, das ein effizientes Aufsichtsverfahren im Sinne des Kindeswohls garantiert, zwingend notwendig. Zudem ist das Landesjugendamt Ansprechpartner für die öffentlichen und freien Träger der Einrichtungen vor Ort. Gerade durch Beratung, Information und Fortbildung bietet es den Einrichtungen wichtigen Service. Das Amt hat dank seiner

überörtlichen Sichtweise, seiner Unabhängigkeit von der jeweiligen Ortsebene eine wichtige Mittlerfunktion. Um Ausgleich bemüht, führt es verschiedene Handlungs- und Erfahrungskonzepte zusammen: So verhandeln Träger und Kommune zusammen mit der Fachberatung des Landesjugendamtes über die Einrichtung eines bedarfsgerechten Angebots vor Ort.

Mit dem Landesjugendamt wird auch der Landesjugendhilfeausschuss abgeschafft. Dieses Gremium hat bisher die Mitwirkung freier Träger und Vernetzung auf hohem Niveau gesichert. An seine Stelle soll ein „Landesbeirat“ im Sozialministerium treten. Dieser droht zum temporären Alibi hinsichtlich der Beteiligung freier und öffentlicher Träger zu werden: Spätestens nach der Landtagswahl im Januar 2008 wird das Land laut über die vollständige Kommunalisierung der Kinder- und Jugendhilfe nachdenken. Die Kommunen als Kostenträger hätten zugleich die Aufsicht über ihre und die Einrichtungen der freien Träger – unterschiedliche örtliche Leistungsniveaus zulasten der Kinder und Jugendlichen wären die Folge.

Noch könnte dies alles als Vermutung abgetan werden. Der Weg für den Abstieg der Kinder- und Jugendhilfe in Niedersachsen ist aber geebnet. Andere Bundesländer beobachten den Verlauf genau und werden sicherlich bald nachziehen. Zudem entsteht ein Modell für die Abschaffung auch der Jugendhilfeausschüsse in den Kommunen, was langfristig auch die freien Träger vor Ort um ihre Beteiligung bringt. Mit seiner politischen Handlungsweise ist Niedersachsen Vorreiter im Verhindern einer modernen Kinder- und Jugendhilfestruktur, die gerade vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung von sehr hoher Bedeutung wäre.

ANGELA DENECKE